



«Mehr als 20 Staaten möchten Mitglied von BRICS werden»

«Die USA schicken Kriegsschiffe, Kampffjets, Hubschrauber, Waffen und Soldaten in die Region»

Interview mit der freien Journalistin und Nahost-Expertin Karin Leukefeld

Zeitgeschehen im Fokus Unser letztes Interview fand vor dem Gipfel der Arabischen Liga am 19. Mai statt. Der syrische Präsident Assad war eingeladen. Was hat dieser Gipfel in der arabischen Welt für Auswirkungen gehabt?

Karin Leukefeld Es war deutlich zu beobachten, dass die arabischen Staaten auf Syrien zugehen. Die Vereinigten Arabischen Emirate leisten weiter humanitäre Hilfe für die Gebiete, die bei dem Erdbeben vor einem halben Jahr zerstört wurden. Dafür haben sie in Damaskus ein Koordinierungszentrum eingerichtet. Der syrische Präsident Assad empfing Anfang Juli in Damaskus den jordanischen Aussenminister Ayman Safadi, und Mitte Juli war der irakische Ministerpräsident Shia al Sudani in Damaskus. Irak und Syrien teilen eine 600 km lange Grenze, die aktuell von den USA kontrolliert wird. In den letzten Tagen hat es in dem Gebiet verstärkt Angriffe von Restgruppen des «Islamischen Staates» auf syrische Soldaten gegeben. Obwohl die USA dort angeblich gegen den IS kämpften, hindern die US-Truppen den IS nicht daran, die syrische Armee anzugreifen.

Tatsächlich nutzen die USA ihre illegalen Militärbasen in Syrien – im Nordosten und Al Tanf im syrisch-irakisch-jordanischen Grenzgebiet – um Syrien daran zu hindern, die Kontrolle über das syrisch-irakische Grenzgebiet zurückzuerlangen und den IS von dort zu vertreiben. Es gibt Hinweise, dass Irak und Syrien nun ihre Sicherheitszusammenarbeit in dem Gebiet verstärken wollen.

Dann gab es diplomatische Begegnungen syrischer Regierungsoffizieller mit libanesischen Amtskollegen, bei denen vor allem die Rückkehr syrischer Flüchtlinge aus dem Libanon erörtert wurde. Die

Geldgeber der humanitären- und der Flüchtlingshilfe, die über die Vereinten Nationen koordiniert wird, die USA, EU, Deutschland, Frankreich, Kanada, Japan und andere westliche Staaten – haben erklärt, dass für eine Rückkehr syrischer Flüchtlinge keine finanzielle Unterstützung geleistet wird, weil es in Syrien nicht sicher sei. Libanon und Syrien und auch andere arabische Staaten sehen das anders und suchen nach Möglichkeiten, die Rückkehr der Menschen zu unterstützen. Die Arabische Liga hat fünf Mitgliedsstaaten beauftragt, die Beziehungen zu Syrien und die politischen Fragen zu koordinieren. Dabei steht neben möglichen Investitionen auch die Hilfe für die Rückkehr der Syrer im Vordergrund. Ein Vorankommen wird weiter durch die einseitigen wirtschaftlichen Strafmassnahmen (Sanktionen) der EU und der USA gegen Syrien blockiert. Besonders das «Cäsar-Gesetz» der USA trifft auch Staaten, die mit Syrien kooperieren. Diese Strafmassnahmen verletzen die Uno-Charta und das humanitäre Völkerrecht.

Wie wurde Assads Teilnahme von den Ländern mit vornehmlich sunnitischer Bevölkerung und entsprechenden Regierungen kommentiert? Das sind doch auch Länder, die die Rebellen gegen Assad unterstützt haben.

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate waren führend bei der Wiedereingliederung Syriens in die Arabische Liga. Saudi-Arabien hat seit langem seine Unterstützung für die bewaffneten Gruppen eingestellt. Bahrain und Kuwait schliessen sich diesen führenden Golfstaaten an, Oman hat nie die bewaffneten Gruppen in Syrien unterstützt und immer vermittelt. Die Golfstaaten sind daran interessiert, den Ein-



Karin Leukefeld (Bild thk)

fluss der Türkei und des Iran in Syrien zurückzudrängen oder zumindest zu kontrollieren. Der einzige Golfstaat, der eine Annäherung an Syrien derzeit noch ausschliesst, ist Katar. Es unterstützt die Türkei bei der Versorgung der syrischen Flüchtlinge in der Türkei und in den Gebieten Idlib, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. Mit den «Autoritäten» der bewaffneten Gruppen dort hat Katar eine eher organische Verbindung.

Wie hat sich das Verhältnis zwischen Assad und Erdoğan weiterentwickelt? Auch hier war doch ein Hauch von Entspannung zu erkennen?

Am 8. August einigten sich die Vereinten Nationen und die syrische Regierung ja über die Fortsetzung von Hilfslieferungen über drei syrisch-türkische Grenzübergänge, Bab al Hawa, Bab al Salam und Bab al Rae. Die Vereinbarung ist auf drei bzw. sechs Monate befristet. Eine solche Einigung war im Juli im Uno-Sicherheitsrat gescheitert. Diese Entwicklung ist wichtig, weil die Uno damit die syrische Regierung als Partner bei den Hilfslieferungen wieder akzeptiert. Und Syrien hatte gefordert, dass die Uno nicht mit den bewaffneten Gruppen von Hayat Tahrir al-Sham zusammenarbeitet, die als Terrororganisation international gelistet ist. Beobachter vermuten, dass diese Einigung durch eine Verständigung zwischen der Türkei und Syrien ermöglicht wurde. Aber Einzelheiten der Ver-

einbarung sind bisher nicht bekannt. Wichtig ist vor allem, dass Hilfslieferungen die Menschen erreichen können.

Wie reagieren die USA auf diese Entwicklung, die ihnen das Heft aus der Hand nimmt, das sie seit über 50 Jahren in den Händen gehalten haben?

Die USA schicken Kriegsschiffe, Kampffjets, Flugzeuge, Hubschrauber, Waffen und Soldaten in die Region. Aktuell findet auf der Arabischen Halbinsel ein militärischer Aufmarsch der USA statt, der sich auf die Persische Golfregion und die Strasse von Hormuz konzentriert.

Berichten zufolge sind 3000 US-Soldaten per Schiff auf dem Weg dorthin. Sie sollen dort angeblich den Iran davon abhalten, «Handelsschiffe und ihre arabischen Nachbarn zu bedrohen». Die Marineeinheiten sollen die 5. US-Flotte stärken, die in Bahrain stationiert ist. Die US-Marine versucht, iranische Tankschiffe zu blockieren. Im Gegenzug hat Iran damit begonnen, Handelsschiffe unter fremder Flagge zu kontrollieren oder auch festzusetzen. Das US-Zentralkommando will US-Marines auf Handelsschiffen postieren, um diese «zu schützen». Dafür brauchen die USA allerdings die Zustimmung der jeweiligen Schifffahrtsgesellschaften und auch der regionalen Staaten. Es geht den USA um Öl und um die Kontrolle der Strasse von Hormuz – geopolitisch eine der wichtigsten Meeresengen in der Welt.

Auch in den Irak werden neue Kontingente von US-Soldaten auf US-Stützpunkte verlegt. Angeblich, um die irakisch-syrische Grenzregion zu «schützen». Die bisher 900 US-Soldaten auf den syrischen Ölfeldern und auf der Militärbasis Al Tanf wurden auf 1500 fast verdoppelt. US-Raketenwerfersysteme M142 HIMARS wurden dort stationiert. US-Kampffjets wurden nach Jordanien gebracht. Es wurde auch berichtet, dass in der kurdischen Autonomieregion im Nordirak von den USA Luftabwehrsysteme stationiert werden.

Hintergrund könnte auch sein, dass im Oktober die Uno-Sanktionen gegen Iran auslaufen, was Iran stärken wird. Beobachter

sprechen davon, dass der Aufmarsch des US-Militärs nicht nur den Iran bedrohen soll, sondern auch eine Warnung an die arabischen Golfstaaten ist. Es ist deutlich, dass die Schwergewichte – die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – ihre Beziehungen in den Osten, nach Russland und China ausbauen.

Lassen sich die arabischen Länder durch die Drohgebärden der USA einschüchtern?

Aktuell sieht es so aus, als suchten die Golfstaaten neue Sicherheitspartner. Der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan hat die Golfstaaten aufmerksam gemacht. Sie sahen, dass zugesagte militärische Unterstützung der USA nicht garantiert ist. Gleichzeitig wurden Beziehungen zwischen den Golfstaaten und Russland und auch mit China ausgebaut. Zunächst im Handel, inzwischen auch militärisch. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate suchen nach Alternativen und finden neue Partner in Russland, China und nun auch im Iran.

Das Treffen der BRICS-Staaten Mitte August wurde in der westlichen Presse zu einem Spektakel um Putins Teilnahme hochstilisiert. Tatsächlich weiss man, dass verschiedene Staaten gerne der BRICS-Organisation beitreten wollen. Wissen Sie darüber Genaues? Wie wird das in der arabischen Welt diskutiert?

67 Staaten und 20 internationale Organisationen, einschliesslich der Vereinten Nationen sind eingeladen. Mehr als 20 Staaten möchten Mitglied von BRICS werden, das zeigt ein enormes Interesse an diesem Bündnis. In den arabischen Ländern wird das als deutliche Kritik an den USA gesehen; man verspricht sich wirtschaftliche Entwicklung ohne Drohungen und Erpressungen. Sowohl Iran als auch Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten haben ihre Mitgliedschaft beantragt. Die Emirate sind seit 2021, Ägypten seit 2023 Mitglieder der Neuen Entwicklungsbank von BRICS, die eine Alternative zum US-kontrollierten Internationalen Währungsfonds werden könnte.

Wie hat sich die von Ihnen im letzten Interview erwähnte Annäherung Saudi-Arabiens und des Iran weiterentwickelt?

Langsam aber sicher. Beide Staaten haben ihre Botschaften im jeweils anderen Land wieder geöffnet, was die bilateralen Beziehungen normalisiert. Flugverbindungen wurden wieder aufgenommen, eingefrorene Handelsbeziehungen wiederbelebt. Es wird auch über Freihandelszonen verhandelt, die den zwischenstaatlichen Handel erleichtern können. Besuche der jeweiligen Regierungsspitzen sind in Planung.

Betroffen von der Feindschaft der beiden Staaten war der Jemen. In unseren Medien ist das kein Thema. Man spekuliert lieber über Selenkijis Frühjahrs-, Sommer-, Herbst- und Winteroffensive und wie erfolgreich sie sein soll. Für die Menschen im Jemen interessiert sich niemand. Gibt es hier eine Entwicklung in Richtung Frieden?

Es gab einen grossen Gefangenenaustausch zwischen Jemen und Saudi-Arabien. Delegationen arbeiten an einem Friedensplan. Diese Arbeit wird sicherlich Zeit in Anspruch nehmen, man spricht von eineinhalb Jahren, bevor es ein offizielles Friedensabkommen geben könnte. Ein Erfolg ist, dass die Vereinten Nationen 1 Million Barrel Öl von einem maroden Tanker auf ein intaktes Tankschiff umladen konnten. Das Öl stammt aus dem Jemen und ist für den Verkauf gedacht. Wegen der Kämpfe konnte das Schiff nicht auslaufen und lag fest. Da die Kämpfe nun weitgehend eingestellt sind, war das Umladen möglich. Man hofft auf den Verkauf des Öls, was dem Jemen zugute käme.

Frau Leukefeld, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser